http://www.nadeshda.org/foren/cl.politik.repression/p550s551a20.html

VIER JAHRE "KRIEG GEGEN DEN TERROR"

Auszüge aus einer Stellungnahme von Sedunia

 (\ldots)

Vor allem nach den Anschlägen von Madrid und insbesondere nach den Anschlägen von London werden Gesetze eingeführt, die eine beispiellose Repression gegen Immigranten und Immigrantinnen im allgemeinen, und gegen Immigranten und Immigrantinnen muslimischen Glaubens oder arabischer Herkunft im besonderen bedeutet.

Dabei werden die Anschläge als Argument verwendet, um rassistische Gesetze durchzusetzen, um in den Medien eine propagandistische Hexenjagd gegen Muslime zu betreiben, und muslimische Einrichtungen generell unter Druck zu setzen, unter Generalverdacht zu stellen und zu attackieren.

(...)

Es ist beschämend und erfüllt mit tiefer Trauer, wenn unschuldige Opfer sterben, wie in London oder im Irak, wo tagtäglich Unschuldige durch US-amerikanische Angriffe oder durch Anschläge ums Leben kommen, Menschen, deren produktives Leben mit einem Schlag ausgelöscht wird. Der Blick auf die Opfer, auf ihre geraubten Möglichkeiten, auf ihre Schuldlosigkeit, auf den Verlust für die Familien und auf die Gegensätzlichkeit des Lebens zu den Interessen der Besatzer, lässt uns verstehen, was die islamische Lehre meint, wenn es heißt: "Wenn ein Mensch getötet wird, ist es als würde die ganze Welt getötet werden."

Die muslimischen Gemeinden und Wissenschafter haben sich dazu deutlich ausgesprochen. So sagte der anerkannte Wissenschafter Scheich Yussuf al-Qaradawi:

"Wir wurden von den schrecklichen Nachrichten über die Bombenexplosionen in London, die Dutzende unschuldige Menschen, die kein Verbrechen verübt hatten, tötete und Hunderte verletzten, tief getroffen".

Auch die palästinensische Autonomiebehörde und Organisationen wie Al Fatah und Hamas verurteilten die Tötung von Zivilisten in London:

"Hamas verurteilt die Bombenexplosionen in London die zu Hunderten unschuldigen Opfern führten. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf alle Formen der Besatzung und Aggression gegen Muslime zu beenden, insbesondere in Palästina, im Irak und im Iran. Die Fortsetzung der Besatzung und der Aggression wird zu mehr Spannungen führen, zu mehr Hass und Bombenexplosionen."

(...)

In England wird eine - von israelischen Militärspezialisten empfohlene - Shoot-to-kill Politik umgesetzt; auf bloßen Verdacht hin Menschen durch einen gezielten Kopfschuss zu töten. Trotz der Proteste und der Ermordung eines Unschuldigen hält die britische Regierung an dieser Taktik fest. Menschen werden observiert, öffentliche Plätze beobachtet - und bei Verdacht darf geschossen werden. Es ist erschreckend, wie schnell solche Maßnahmen in einer Gesellschaft Anwendung finden können. Die Auswahl der Verdächtigen erfolgt dabei nach rassischen Kriterien, Polizisten werden in Leitlinien angehalten "asiatische Menschen" besonders im Augenmerk zu behalten. Asiatische und dunkelhäutige Menschen sind den letzten Monaten verstärkt Polizeikontrollen ausgesetzt.

Menschen die unter Verdacht fallen, können nach der Gesetzeslage in England bis zu drei Monate ohne Anklage und ohne weitere Beweise inhaftiert werden.

Eine weitere Verschärfung betrifft das Asylrecht. Jedem Menschen, der sich am "Terrorismus" beteiligt haben soll oder im bloßen Verdacht steht damit zu tun zu haben, wird automatisch das Asylrecht abgesprochen. Ohne eindeutige Definition des Begriffs "Terrorismus" und angesichts der unterschiedlichen Auslegungen in den verschiedenen Staaten bedeut dies de facto eine Möglichkeit Asylwerber nach "rassischen Kriterien", nach Kriterien der Herkunft oder der Religion oder aufgrund politischer Meinungsäußerung abzulehnen und abzuschieben.

Auch ein neues Delikt des sogenannten "inakzeptablen" Verhaltens wurde eingeführt, das zu einer Abschiebung führen kann. "Inakzeptables Verhalten" (z.B. Rechtfertigung "terroristischer" Gewalt, "schüren von Hass zwischen den Gemeinschaften") kann viel bedeuten und ist ein bewusst schwammiger Begriff. Die Regierungen bekommen damit einen Freibrief in die Hand, politischen und kulturellen Konsens zu erpressen. Damit werden Verleumdungen und politisch motivierte Hetzkampagnen gegen Einzelpersonen oder gegen politischen Vertreter, die zu ihrer Ausweisung führen können Tür und Tor geöffnet. So wurde auch gegen den oben erwähnten Wissenschafter Yussuf al-Qaradawi ein Einreiseverbot verhängt. Gegen dieses Verbot stellten sich viele Briten, wie z.B. der Bürgermeister von London Ken Livingston.

Auch in Deutschland kommt es zu verstärkter Repression gegen Muslime, die sich unter anderem auch auf den Bildungsbereich auswirkt. Im August wurde eine Schule und ein Kindergarten in München, eine Einrichtung die seit 25 Jahren bestand und die nie Konflikte mit den deutschen Behörden hatte, geschlossen. Ende September wurden in der Umgebung von Hamburg fast 40 "Verdächtige" verhaftet. Seit Ende November letzten Jahres wurden in Deutschland 14 Imame ausgewiesen. Ähnlich gehen die Behörden in Italien und in Frankreich gegen Muslime und muslimische Einrichtungen vor.

In Frankreich wurde im August von Innenminister Nicolas Sarkozy eine Massenausweisung von Imamen angekündigt. Die französische Regierung trat später wieder davon zurück. Diese Ereignisse zeugen klar von der Irrationalität und Hysterie die gegenüber Muslimen in verschiedenen europäischen Staaten zu Tage treten.

(...)

In der öffentlichen Diskussion wird davon gesprochen, dass Muslime die westlichen Werte als ganzes ablehnen würden, dass die Religion der Grund sei, der "irrationale Hass auf die Ungläubigen" und ähnliches mehr. Dieser demagogische Unfug ist gefährlich, da er tatsächlich Hass säen und weiter schüren kann, brandstifterisch ist und scheinbar keinen Ausweg für eine gemeinsame politische Lösung zulässt. Voreingenommenheiten wie diese nutzen in erster Linie der US-Regierung, die dadurch ihren Krieg gegen den Terror legitimieren kann, und sich Unterstützung erhofft. Sie nützen auch der israelischen Regierung, die nach den Anschlägen in London sinngemäß argumentierte, dass die Welt jetzt sähe, dass nicht die Besatzung Israels das Problem ist, sondern sich die Muslime gegen alle Werte richten, somit Israel und Europa in der Verteidigung dieser Werte zusammenstehen müssten.